

**Deutschland-Mannheim: Informationstechnologiedienste**  
**OJ S 181/2023 20/09/2023**  
**Auftragsbekanntmachung**  
**Dienstleistungen**

**Rechtsgrundlage:**  
Richtlinie 2014/24/EU

---

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

---

**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Zentralinstitut für Seelische Gesundheit  
Postanschrift: J5  
Ort: Mannheim  
NUTS-Code: DE126 Mannheim, Stadtkreis  
Postleitzahl: 68159  
Land: Deutschland  
E-Mail: [eVergabe@zi-mannheim.de](mailto:eVergabe@zi-mannheim.de)  
Telefon: +49 62117031146  
Fax: +49 62117031055  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard\\_off/8CD376B0-36CA-4383-A62E-78C235895843](https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/8CD376B0-36CA-4383-A62E-78C235895843)  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: [https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard\\_off/8CD376B0-36CA-4383-A62E-78C235895843](https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/8CD376B0-36CA-4383-A62E-78C235895843)  
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.deutsche-evergabe.de>

**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

**I.5. Haupttätigkeit(en)**

Gesundheit

---

**Abschnitt II: Gegenstand**

---

**II.1. Umfang der Beschaffung****II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Forschungs-IT-Plattform Datenintegrationszentrum in Anlehnung an die  
Medizininformatikinitiative  
Referenznummer der Bekanntmachung: ZI FIT 2023

### **II.1.2. CPV-Code Hauptteil**

72222300 Informationstechnologiedienste

### **II.1.3. Art des Auftrags**

Dienstleistungen

### **II.1.4. Kurze Beschreibung**

Das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit plant im Rahmen einer Innovationspartnerschaft die Beschaffung eines Datenintegrationszentrum in Anlehnung an die Medizininformatikinitiative inkl. dessen Anbindung

### **II.1.5. Geschätzter Gesamtwert**

### **II.1.6. Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

## **II.2. Beschreibung**

### **II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)**

72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software, 48100000 Branchenspezifisches Softwarepaket, 48311000 Dokumentenverwaltungssoftwarepaket

### **II.2.3. Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE126 Mannheim, Stadtkreis

Hauptort der Ausführung: in den Vergabeunterlagen aufgeführt

### **II.2.4. Beschreibung der Beschaffung**

Eine tiefgreifende Charakterisierung von Patientinnen und Patienten mit Methoden der klinischen und skalenbasierten Untersuchung, der Neuropsychologie, Biomaterialien und sensorbasierten Information eröffnen transformative Möglichkeiten auf dem Weg zu einer personalisierten Diagnostik, Therapie und Prävention in der Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik.

Dabei stellt die datengestützte Prognose von Diagnostik, Behandlung und Verlauf psychischer Erkrankungen durch die Möglichkeiten maschineller Lernverfahren und künstlicher Intelligenz zunehmend eine Kernfrage klinisch-psychiatrischer Forschung dar. Die Sekundärnutzung von in der klinischen Routine erhobenen Patientendaten, sowie die zunehmende transdiagnostisch und standardisierte Phänotypisierung von Patienten bilden dabei die Grundpfeiler des Erfolgs dieser Analysemethoden. Die Verfügbarkeit großer, digitalisierter und vereinheitlichter Datenmengen in Bio- und Medizindatenbanken für diese Analysen ist häufig nur im Rahmen großer Kollaborationen unter Einbeziehung möglichst vieler Standorte möglich. Dieser institutsübergreifende Vernetzungsaspekt stellt dabei besondere Anforderungen an die technische Umsetzung einer sicheren und kompatiblen gegenseitigen Datennutzung durch sogenannte Datenintegrationszentren einerseits, sowie andererseits an die klinische Erfassung der Daten und der damit verbundenen Einholung des Einverständnisses der PatientInnen zur wissenschaftlichen Sekundärnutzung ihrer klinischen Routinedaten. Diese Bemühungen werden von Seiten des Gesetzgebers durch neue Fördermaßnahmen unterstützt, insbesondere durch die Medizininformatikinitiative (MII). Die MII hat unter anderem maßgeblich die rechtlichen und ethischen Rahmenbedingungen für eine Einverständniserklärung für eine breitere Forschungsdatennutzung im Sinne eines Broad Consents geschaffen.

Auch das Zentralinstitut für seelische Gesundheit (ZI) setzt auf die Implementierung eines harmonisierten transdiagnostischen Phänotypisierungsansatzes über Kliniken und Diagnosen hinweg, als Basis für die Identifikation und Erforschung von Mechanismen und Biomarkern,

damit rasche Fortschritte in der neurobiologischen und verhaltenswissenschaftlichen Grundlagenforschung zu einem besseren, integrativen Verständnis der Psychopathologie, zur Identifizierung neuer Wege zur Klassifizierung der Psychopathologie und zur Entwicklung neuer oder optimal zugeschnittener Therapien für psychische Erkrankungen führen können.

Aus dieser Initiative und deren Umsetzung ergeben sich vielfältige infrastrukturelle Anforderungen (IT-technisch, organisatorisch, prozessual), die einen Schwerpunkt der Strategie des ZI bilden.

Zum einen wurde eine standardisierte Datenerfassung im Rahmen des klinischen Prozesses etabliert und wird derzeit kontinuierlich ausgebaut. In Anlehnung an die bisher stark somatisch geprägte Medizininformatik-Initiative wird das ZI diesbezüglich einen einrichtungs- und diagnoseübergreifenden Kerndatensatz definieren. Dieser soll perspektivisch bei allen PatientInnen und Probanden am ZI erhoben werden, um eine spätere Nutzung dieser Daten für Forschungszwecke auf Basis einer breiten Einwilligung (Broad Consent) der TeilnehmerInnen zu ermöglichen.

#### **II.2.5. Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

#### **II.2.6. Geschätzter Wert**

#### **II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 12

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

#### **II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

#### **II.2.11. Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

#### **II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

#### **II.2.14. Zusätzliche Angaben**

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

---

#### **III.1. Teilnahmebedingungen**

##### **III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

##### **III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. Sollte ein Unternehmen erst seit weniger als drei Jahren bestehen, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit

Unternehmensgründung zu machen. Es ist zudem gesondert und unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass das betreffende Unternehmen seit weniger als drei Jahren besteht.

2) Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung einer Krankenkasse oder Sozialkasse des Bewerbers

(bei Ablauf der Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags darf der Auszug nicht älter als drei Monate sein).

3) Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamts des Bewerbers (bei Ablauf der Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags darf die Bescheinigung nicht älter als drei Monate sein).

4) Nachweis einer Haftpflichtversicherung: Zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags darf der Nachweis nicht älter als drei Monate sein. Nachweise des Bestehens einer Haftpflichtversicherung für Umwelt-, Personen-, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 3,0 Mio. Euro.

5) Ausgefülltes Formblatt 124 LD (siehe Anlage formblatt-124-eigenerklaerung-eignung.pdf)

6) Unterschriebenes Formular Erklärung zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB und nach § 19 Mindestlohngesetz

(siehe Anlage Erklaerung\_u\_Ausschlussgruenden\_nach\_GWB\_und\_MiloG.pdf)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

### **III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1) Auszug aus dem Handelsregister oder einem anderen Berufsregister für das Unternehmen. Bei Ablauf der Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags darf der Auszug nicht älter als 3 Monate sein. Soweit der Bewerber aus rechtlichen Gründen weder im Handelsregister noch in einem anderen Berufsregister eingetragen ist, ist eine entsprechende Eigenerklärung einzureichen (vom Bieter zu erstellende Eigenerklärung)

2) Mitarbeiterprofile mit Erfahrungsreferenzen

3) Nachweislich Erfahrung beim Aufbau von Datenplattformen bzw. DIZ von Universitäten über entsprechende (positiv abgeschlossene) Referenzprojekte (Ausführliche Darstellung)

4) Nachweislich Beteiligung bei der Umsetzung von Projekten bzw. umgesetzte (positiv abgeschlossene) Projekte mit Forschungseinrichtungen und Universitätsklinika (Ausführliche Darstellung)

5) Nachweislich Erfahrung in der Entwicklung von med. Anwendungen über entsprechende Referenzprojekte (Ausführliche Darstellung)

6) Bestätigung der Erfüllung der Vorgaben aus der ISIK 2.0 bis 07.2024.

7) Internes Qualitätsmanagement

8) Nachweislich Erfahrung mit OpenEHR über entsprechende (positiv abgeschlossene) Referenzprojekte (Ausführliche Darstellung)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

## **III.2. Bedingungen für den Auftrag**

### **III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags**

## **Abschnitt IV: Verfahren**

---

### **IV.1. Beschreibung**

#### **IV.1.1. Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

#### **IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### **IV.1.5. Angaben zur Verhandlung**

#### **IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

#### **IV.2. Verwaltungsangaben**

#### **IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 16/10/2023 Ortszeit: 12:00

#### **IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 27/10/2023

#### **IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**

Deutsch

#### **IV.2.6. Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/06/2024

### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

---

#### **VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

#### **VI.3. Zusätzliche Angaben**

#### **VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

#### **VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postanschrift: Karl-Friedrich-Str. 17

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76133

Land: Deutschland

E-Mail: [Vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:Vergabekammer@rpk.bwl.de)

Telefon: +49 7219264049

Fax: +49 7210263985

#### **VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

(1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

**VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**  
15/09/2023